

1 Einleitung in Thematik und Aufbau des Bandes

Arbeiten zur politischen Kommunikation in direktdemokratischen Entscheidungsprozessen haben Konjunktur (Vreese/Semetko 2004; Vreese 2007; Scholten u.a. 2009). Das liegt zum einen daran, dass diese Form demokratischer Willensbildung weltweit an Bedeutung gewinnt (Butler & Ranney 1994; McCuan/Stambough 2005; Pállinger u.a. 2007). Selbst in traditionell parlamentarisch-repräsentativen Demokratien wie der Bundesrepublik Deutschland wird den Bürgern in allen Länderverfassungen und Gemeindeordnungen inzwischen die Möglichkeit eingeräumt, Entscheidungen über politische Sachfragen unter bestimmten Bedingungen selbst in die Hand zu nehmen (Neumann 2009). Zusätzliche Aufmerksamkeit für das Thema haben eine Vielzahl von europäischen Referenden erzeugt, zuletzt im Jahr 2008, als die Bürger Irlands den sogenannten EU-Reformvertrag auf Eis legten, wegen eines Kommunikations- und Vermittlungsproblems der irischen Regierung, wie es später hieß. Damit ist der zweite Grund für das wachsende Interesse der Wissenschaft und namentlich der politischen Kommunikationsforschung genannt: die immense Bedeutung von öffentlicher Kommunikation im Abstimmungsprozess. Niemand hat sie treffender auf den Punkt gebracht, als der Konstanzer Politologe Leonhard Neidhart: «Unter keinen anderen demokratischen Bedingungen wird der politische Prozess, d.h. die Herstellung gesellschaftlich bindender Entscheidungen, die Verteilung der politischen Macht und die Lösung oder Nichtlösung von Problemen unmittelbarer, häufiger und einzelfragenbezogener durch die öffentliche Meinung beeinflusst. Sie ist also auch ein Teil des politischen Systems, ihr kommen in der direkten Demokratie mehr und zentralere Funktionen zu, weshalb sie eher als Erste denn als Vierte Gewalt bezeichnet werden muss. Aus diesem Grund sind auch alle Prozesse, die mit der Entstehung, der Erzeugung, der Lenkung und der organisatorisch-rechtlichen Verfassung der öffentlichen Meinung zu tun haben, in